

RATHAUSREPORT

14. Jahrgang

39. Stadtverordnetenversammlung vom 5. September 2007

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE. Potsdam 6/07

► Tierheim ► Strompreis ► Neue Ortsteile

DIE LINKE will Tierheim in Potsdam erhalten



Eingang des Tierheims

Die überraschende Ankündigung der zuständigen Beigeordneten, dem Tierschutzverein den Vertrag über den Betrieb des Tierheims zu kündigen, hatte für viel Wirbel und Protest gesorgt, kümmern sich doch die rund 1000 Mitglieder des Potsdamer Tierschutzvereins rührend und mit großem Engagement um die in Potsdam/West aufgenommenen Tiere, bemühen sich um die Vermittlung in zuverlässige private Hände und versuchen, trotz aller widrigen Umstände, den Tieren



Der Außenzwinger

den vorübergehenden Aufenthalt im Heim so angenehm wie möglich zu gestalten. Natürlich ist das vorhandene Grundstück viel zu klein, natürlich gibt es Beschwerden von Anwohnern, dennoch lassen sich die Tierschützer nicht beirren und suchen nach einer Alternative. Die Betreuung der Tiere im Beelitzer Pfötchenhotel, einer privatwirtschaftlich betriebenen Einrichtung, wie von der Potsdamer Stadtverwaltung beabsichtigt, kann dies nicht sein, wäre Potsdam dann doch die einzige Landeshauptstadt ohne eigenes Tierheim. Anja

Schlichting, Tierärztin und zweite Vorsitzende des Potsdamer Tierschutzvereins redete den Stadtverordneten dann auch ins Gewissen, dem Dringlichkeitsantrag der LINKEN und der Fraktion Die Andere zu folgen und den Beschluss zur Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Betreibung des Potsdamer Tierheims aufzuheben und den OB zu beauftragen, mit dem Verein in Verhandlungen zu treten über den Kauf oder die Pacht des Grundstücks in Eiche, die Finanzierung des Neubaus eines Tierheims und dessen Betrei-




Der vordere Auslaufbereich

bung u. a. Da abzusehen war, dass der Antrag in der StVV zunächst keine Mehrheit finden würde, überwies der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Hans-Jürgen Scharfenberg ihn in den Hauptausschuss, der in den nächsten zwei Sitzungen im September eine Lösung finden soll, an die sich der Oberbürgermeister dann gebunden fühlen wird. Noch ist alles offen.



Der Katzen-Bungalow

 Mit auf den Weg ...

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Auf dem Sommerfest der LINKEN in Potsdam diskutierten wir mit Unternehmern, die fest mit unserer Stadt verwurzelt sind und mit Porta, das hier heimisch werden will. Wenn alles gut geht, wird diese Unternehmensgruppe im kommenden Jahr auf der Brache in Drewitz ihr Quartier fertig haben, Arbeits- und Ausbildungsplätze und ein bisher hier nicht vorhandenes Sortiment anbieten.

Zumindest meine Fraktion wird weiterhin alles dafür tun, dass es so kommt. Das ist gut so und soll auch weiterhin unsere Arbeit prägen. Wir wollen, dass Potsdam eine gute Adresse für Menschen wird, die hier etwas bewegen wollen und vor allem wirtschafts- und sozialpolitisch ins Gewicht fallen. Deshalb schauen wir auch genau hin, was die Verwaltung macht und wehren uns gegen kritikwürdige Zustände, die mit dem Bericht von Prof. Battis über die Arbeit in der Bauverwaltung zu Tage getreten sind. Auch wenn unser Antrag, dem Oberbürgermeister als oberstem Chef der Verwaltung eine Rüge auszusprechen, keine Mehrheit gefunden hat, ist für uns das Thema nicht vom Tisch. Politisch trägt er die Verantwortung – für Positives, aber eben auch für das Geschehen in der Verwaltung, das ihm keine guten Schlagzeilen bringt. Uns geht es dabei nicht um „Nachtreten“ oder üble Verleumdung, nicht um vorgezogenen Wahlkampf oder Populismus, sondern um die Einhaltung des geltenden Rechts in der Verwaltung.



Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
Fraktionsvorsitzender und MdL



**im September
Von Rolf Kutzmutz**

Reden ist Silber – wirklich?

Miteinander reden ist heute eher Gold wert. Der Streit um das Tierheim in Potsdam zeigt das deutlich.

Die Stadtverordneten erfahren von den Plänen zur Schließung des Potsdamer Tierheimes aus der Zeitung just an dem Tage, an dem dort ein Tag der offenen Tür stattfindet.

Die Mitglieder des Tierheimbeirates wurden informiert, dass es bei Engpässen in Potsdam möglich sei, nach Beelitz auszuweichen – und, dass der dortige Betreiber sich auch um das Tierheim in Potsdam bewerben wolle.

Von Schließung in Potsdam keine Rede. Ärgerlich, denn seit Jahren gibt es den Tierheimbeirat, der im Auftrage der Stadt unterwegs war, um einen Standort in Potsdam zu suchen. Das war und ist nicht einfach, weil es Vieles zu beachten gilt.

Am jetzigen Standort (für viele Tierfreunde ideal) gab es Einwände der Forstwirtschaft und von Anwohnern. In Fahrland war es die große Entfernung, anderswo ungeklärte Eigentumsverhältnisse oder das Gelände lag in einem Trinkwasserschutzgebiet...

Mit Eiche schien ein guter, für alle Seiten annehmbarer Standort gefunden. Noch am 22. August gab es für den Oberbürgermeister im Hauptausschuss nichts Neues und schon gar nichts Besorgniserregendes mitzuteilen.

Dann die Kündigung, die Information über die Presse. In der Stadtverordnetenversammlung wurde unser Antrag in den Hauptausschuss überwiesen – die Kündigung gegenüber dem Tierschutzverein wird dennoch ausgesprochen – um „Fristen einzuhalten“ – sagte der Oberbürgermeister.

Potsdam ohne Tierheim? Wir wären die einzige Landeshauptstadt, die darauf verweisen müsste.

Darauf allerdings kann ich gern verzichten.

Seniorenbeiratunterstützung

Der Hauptausschuss wird sich mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE befassen, ob dem Seniorenbeirat mindestens einmal jährlich die Möglichkeit gegeben wird, seine Arbeit und vor allem seine Probleme, die einer politischen Begleitung bedürfen, im Hauptausschuss vorzustellen.

Parkplätze in der Yorckstraße

Obwohl die zuständigen Ausschüsse gegenüber der StVV zunächst ein ablehnendes Votum zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE um Erhalt der Parkplätze in der Yorckstraße abgegeben hatte, wurde der Antrag noch einmal zur Beratung in den Ausschuss überwiesen. Es gäbe noch Beratungsbedarf, da sowohl die Betreiber des Nikolaisaales als auch des Hauses der Preußisch-Brandenburgischen Geschichte ihre Bedenken angemeldet hatten.

ÖPNV-Nutzer

Die Verwaltung hatte seit Bekanntwerden des Antrages der Linksfraktion, den OB zu beauftragen, in Zusammenarbeit mit dem ViP Angebote zu entwickeln, die den ÖPNV attraktiver machen, ihre Ablehnung signalisiert. Dennoch wird es nun auch im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan eine Debatte in den Ausschüssen geben. Dieter Scharlock, DIE LINKE, hatte in seiner Begründung auf den entsprechenden Handlungsbedarf hingewiesen.

Denkmalwürdig

Der Kulturausschuss wird sich damit beschäftigen, ob der OB, wie von der LINKEN gefordert, die Übersicht der denkmalwürdigen Gebäude aktualisieren lassen soll. Wie Ralf Jäkel, DIE LINKE, betonte, geht es dabei vor allem um die Erfassung der Gebäude, die kennzeichnend für die DDR-Zeit in Potsdam sind.

Grundsätze für Wohnungsneubau

Obwohl Siegmund Krause für die LINKE dafür warb, den entsprechenden Antrag unmittelbar abzustimmen und den OB zu beauftragen, über die PRO Potsdam GmbH mit den wohnungspolitischen Akteuren der Stadt eine Verständigung über Grundsätze für Wohnungsneubau herbeizuführen, wurde er mit 23 : 18 Stimmen in die Ausschüsse verwiesen. Der LINKEN geht es mit dem Antrag darum, Umfang und Reihenfolge für den Wohnungsneubau zu fixieren und nicht Gefahr zu laufen, durch die Fokussierung auf einzelne Projekte Insellösungen zu schaffen.

Luisenplatzgestaltung

Karin Schröter, DIE LINKE, beschrieb, dass der Luisenplatz trotz seiner schönen Kulisse nicht zum Verweilen einlädt und begründete somit den Antrag der Linksfraktion, den OB zu beauftragen, eine Planung für die weitere Gestaltung des Platzes

vorzulegen und vor allem Elemente der Begrünung aufzunehmen. Da hier jedoch noch Förderrichtlinien überprüft werden müssen, verwies die SVV den Antrag in die Ausschüsse.

Kleingärten

Der Aufstellungsbeschluss zum B-Plan „Allee nach Glienicke/An der Sternwarte“ wurde auf Antrag der LINKEN aufgehoben. Damit sind die bestehenden Kleingartenanlagen gesichert.

Ravensbergweg im Visier

Die Wiederaufnahme des B-Planverfahrens für die Eigenheimsiedlung am Ravensbergweg hat die LINKEN beantragt. Hella Drohla, DIE LINKE, begründete dies mit einem dramatisch zunehmenden Bedarf an städtebaulicher Ordnung, da dort in den vergangenen Jahren ca. 100 zusätzliche Eigenheime errichtet wurden, wogegen es zahlreiche Gerichtsverfahren gibt. Nunmehr wird sich der Bauausschuss mit dem Problem beschäftigen.

Strompreisantrag im Hauptausschuss

Der Antrag der Linksfraktion, alle Anstrengungen zu unternehmen, um weitere Strompreiserhöhungen vorerst bis 2010 zu verhindern, führte zu einem heftigen Wortwechsel, der nun im Hauptausschuss fortgesetzt und hoffentlich für die Bürgerinnen und Bürger zum positiven Ergebnis führt.

Missverständnis

Die vom KIS angekündigte Privatisierung eines gemeindeeigenen Wohnblocks in Marquardt sorgt für Unruhe, zumal dort, wie Wolfgang Grittner berichtete, vor allem sozial schwache Familien zu vertretbaren Mieten leben. Obwohl im Verlauf der Debatte über den Antrag der Linksfraktion, die Privatisierung zu unterbinden, klargestellt wurde, dass eine Übertragung an die städtische Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam beabsichtigt sei, wurde der Antrag zur weiteren Erörterung in den Finanzausschuss und in den Marquardter Ortsbeirat überwiesen.

Übrigens ...

Die Bürgerversammlung am 13.09. 2007 ist der Auftakt für den Bürgerhaushalt 2008. Das Konzept zum Beteiligungsverfahren für den Bürgerhaushalt in der Landeshauptstadt Potsdam 2008 kann im Internet unter www.potsdam.de/buergerhaushalt abgerufen werden.

☺ Stadtverordnete der Fraktion Die Linke. fragten – die Verwaltung antwortete

Auf die Frage von Jana Schulze, DIE LINKE, wie der aktuelle Stand zur Unterstützung der Potsdamer Tafel bei der Suche nach einer geeigneten Liegenschaft sei, antwortete die Sozialbeigeordnete, dass es gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Tafel und dem Sanierungsträger über die Kantine des Rechenzentrums in der Breiten Straße gäbe. Sie hoffe auf eine Klärung im September/Oktober, so dass ein Vertragsabschluss bis Ende des Jahres möglich sein könnte. Zum Inhalt des Vertrages könne sie keine Aussagen machen, gehe aber davon aus, dass alle logistischen Probleme geklärt würden. Man gehe jedoch wegen des Garnisonbauvorhabens von einer möglichst kurzen Vertragsbindungsfrist aus.

☺

Die Sozialbeigeordnete reagierte „irritiert“ auf die Frage von Jana Schulze, DIE LINKE, wann eine Fortschreibung des Seniorenplanes vorgelegt werden würde. Die Verwaltung habe doch ein Handlungskonzept „Demografie“ vorgelegt und wolle mit der integrierten Sozialplanung voranschreiten. Die Notwendigkeit, einen extra Seniorenplan zu erarbeiten, erschließe sich somit nicht, so die Beigeordnete. Eine Beratung dazu im Sozialausschuss halte sie jedoch für möglich. Dies griff Jana Schulze auf und bat darum, im Sozialausschuss auch darzulegen, welchen Umfang und welche Bestandteile das Handlungskonzept Demografie dann haben würde. Ein Bestandteil sei die Entwicklung von Qualitätskonzepten u. a. für die Seniorenarbeit unter verschiedenen Aspekten. Man wolle mit dem Handlungskonzept erreichen, Doppelplanungen zu verhindern.

☺

In Potsdam wird derzeit eine Sonderaktion der Potsdamer Agentur für Arbeit durchgeführt, die mittels „Sprinterprämien“ für jugendliche Arbeitssuchende erreichen will, dass sie bei Nachweis über die persönliche Suche nach einer sozialversicherungspflichtigen bei Arbeitsaufnahme innerhalb der ersten sechs Wochen nach Eintritt der Arbeitslosigkeit 1.000 EURO und bei sofortiger Arbeitsaufnahme nach Abschluss der Ausbildung sogar 1.500 EURO erhalten können. Jana Schulze, DIE LINKE, wollte wissen, ob und wenn ja, wie diese Aktion angenommen werde. Die Sozialbeigeordnete berichtete darüber, dass insgesamt 26 Anträge gestellt worden sind, von denen 23 bewilligt und 3 wegen „Fristversäumnis“ abgelehnt wurden.

☺

Bei wie vielen Potsdamer Bedarfsgemeinschaften die tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft höher als die „abstrakten“ Angemessenheitskriterien von November 2004 sind, wollte Jana Schulze,

DIE LINKE, wissen. Obwohl es dazu keine entsprechende Erhebung bei der PAGA gäbe, wisse man aus Kontrollen jedoch, dass in 879 Fällen, in denen entweder der Wohnraum zu groß oder die Kosten der Unterkunft zu hoch waren, Gespräche geführt wurden. Dabei ging es auch um die Abwägung wirtschaftlicher Aspekte. Seit dem 01.01.05 war jedoch nur in 11 Fällen ein Umzug erforderlich gewesen, so die Sozialbeigeordnete.

☺

Dieter Scharlock, DIE LINKE, fragte nach der Aktualität des Katastrophenschutzplanes der Landeshauptstadt, worauf die zuständige Beigeordnete darüber informierte, dass der Katastrophenschutz als Gesamtsystem von Aufgaben, die der Bund, das Land und die Kommunen zu leisten haben, zu betrachten sei. Derzeit würde der Katastrophenschutz neu auf den Bevölkerungsschutz ausgerichtet, die Aufgabe der Stadt sei die praktische Bewältigung von Großschadensereignissen. Der Katastrophenplan werde jährlich aktualisiert und es würden spezielle Ereignispläne erarbeitet.

☺

Warum die „Suppenküche“ für Kinder nicht direkt in Drewitz eingerichtet wurde, wollte Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, wissen, woraufhin die Beigeordnete klarstellte, dass sie nicht gerne von Suppenküche sprechen würde. Es handele sich um das erste Eltern-Kind-Zentrum in der Stadt, dass von der „Spirellibande“ getragen würde; es startete am 03. September 2007. Dort gebe es neben dem warme-Mahlzeit-Angebot auch die Möglichkeiten zur Hausaufgabenhilfe, zur Freizeitgestaltung ein spezielles Angebot für Eltern und vieles andere mehr. Der Träger wollte sich dieser Aufgabe stellen und hatte die entsprechenden Räumlichkeiten. Auf die Nachfrage von Hans-Jürgen Scharfberg, DIE LINKE, ob es nicht besser sei, direkt in den Schulen für betroffene Kinder die Möglichkeit der kostenlosen Teilnahme am Schulessen zu ermöglichen, verwies die Beigeordnete noch einmal auf das dahinter stehende Gesamtkonzept, das über die Schulspeisung hinausgehen würde. Man müsse jetzt schauen, wie das Angebot angenommen würde. Dieter Scharlock, DIE LINKE, informierte in diesem Zusammenhang darüber, dass sich auf seine Initiative hin am 13. September Vertreter der ViP, AWO, der Diesterwegschule und des VBB zusammensetzen würden, um darüber zu beraten, ob es z. B. auch eine Möglichkeit für kostenfreie Fahrten zu dieser Einrichtung gibt.

☺

Während des Besuchs des Oberbürgermeisters in der französischen Partnerstadt Bobigny im Februar waren Vertreter Pots-

dams zum diesjährigen Stadtfest nach Bobigny eingeladen worden. Warum die Landeshauptstadt dieser Einladung nicht gefolgt ist, wollte Uwe Gunold, DIE LINKE, wissen. Der Oberbürgermeister räumte personelle Engpässe in der Verwaltung ein und informierte darüber, dass für das Jahr 2008 eine Alternative gefunden worden sei.

☺

Auf die Frage von Uwe Gunold, DIE LINKE, wie künftig das Versprechen eingelöst würde, beispielsweise in der Potsdam-Information in geeigneter Weise auf touristische Angebote aus der Partnerstadt hinzuweisen, erläuterte der Oberbürgermeister, dass man bedauerlicherweise nicht mit der PT überein gekommen sei, er die Gespräche dazu jedoch noch einmal – auch die anderen Partnerstädte betreffend – führen werde.

☺

Sie sei echt froh, dass Mittel und Wege gefunden worden sind, um die Arbeiten am Jagdstern termingerecht durchzuführen, sagte die Baubeigeordnete auf die Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE, weshalb sich die Bauarbeiten so schleppend gestalten würden. Sie wisse nichts von Bauverzögerungen, für Ende September sei die Bauabnahme geplant, die feierliche Einweihung Anfang Oktober. Auch sei es nicht richtig, dass die Firmen dort ständig gewechselt hätten. Im Übrigen hätte es auch eine „kontinuierliche Information“ der Anwohner gegeben.

☺

Eine eventuelle Rückübertragung der Grundstücke Am Brauhausberg an die Stadt sei abhängig vom künftigen Konzept des Bades, sagte die Baubeigeordnete auf eine entsprechende Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Die StVV werde dann entsprechend informiert.

☺

Was es bedeuten würde, dass – wie von der Verwaltung mitgeteilt – die „verlorenen“ Kosten für das Projekt Niemeyersbad zunächst von den Stadtwerken getragen werden, hinterfragte Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Dies sei abhängig vom Gesamtkonzept für die weitere Entwicklung des Areals, so dass darüber erst zu entscheiden sei, wenn das Konzept stehe, so die Baubeigeordnete. Möglicherweise werde dann die Kostentragung anders entschieden.

☺

Aus welchen Gründen der 1994 errichtete Spielplatz am Eulenkamp abgebaut wurde, fragte Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Die dort installierten Geräte seien im Zusammenhang mit dem neu zu gestalten-



den Schulcampus Am Stern nicht mehr funktionstüchtig. Der Abbau hätte nur durch geeignetes Fachpersonal erfolgen können, was sehr teuer gewesen wäre und so wurde auch der Wiederaufbau noch intakter Geräte andernorts abgelehnt, so die Baubeigeordnete. Die eindeutige Fitnessausrichtung des Platzes sei falsch gewesen.

()

Die Bäume Am Pappelhain mussten aus Sicherheitsgründen gefällt werden, so die Baubeigeordnete auf eine entsprechende Frage von Brigitte Oldenburg, DIE LINKE. Die damals zur Schulhofbegrünung gepflanzten schnell wachsenden Pappeln hätten eben nur eine kurze Lebensdauer. Zwischenzeitlich wurden dort auch keine Ersatzpflanzungen vorgenommen, zudem hätte man bei Kontrollen erhebliche Schäden durch das Wurzelwerk an der Kanalisation festgestellt. Am Campus selbst werde es Ersatz für die gefällten Bäume geben.



Angenommen

Haltestelle Waldstraße/Horstweg

Der OB wurde auf Antrag der Linksfraktion beauftragt, die Umbenennung der Straßenbahnhaltestelle „Waldstraße“ in „Waldstraße/Horstweg“ zu prüfen. Jana Schulze, DIE LINKE, hatte erläutert, dass viele Besucher der Agentur für Arbeit den Weg verpassen würden, da keine adäquate Straßenbahnhaltestelle auf diese Adresse hinweist.

Medienbeauftragter

Ungewöhnlicherweise stellte sich der OB uneingeschränkt hinter den Antrag der Fraktion DIE LINKE, in seinem unmittelbaren Zuständigkeitsbereich die Stelle eines Medienbeauftragten einzurichten. Er sei schon auf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten, da er die Notwendigkeit für eine solche Stelle erkannt habe. Angesichts der Bedeutung Potsdams als Medienstandort sei eine solche Stelle unabdingbar, hatte Hans-Jürgen Scharfenberg, der am Vortag mit der Landtagsfraktion der LINKEN den Medienpark besucht hatte, bei der Antragsbegründung erläutert.

Entwicklung der neuen Ortsteile

Der OB empfand den Antrag der LINKEN, den Wolfgang Grittner einbrachte, der StVV im März 2008 einen Bericht zum Stand der Entwicklung der neuen Ortsteile vorzulegen „bemerkenswert“. Er gebe doch schon immer Bericht im Hauptausschuss und bat darum, dies nicht durch Anträge zu „formalisieren“. Dem folgte die Mehrheit der StVV jedoch nicht, sondern nahm den Antrag an.

✓ Erledigt

Ampelausstattung

Als durch Verwaltungshandeln nach der Einbringung des Antrags durch die LINKE erledigt, betrachtete die Antragstellerin ihre Forderung nach blindengerechter Ausstattung von Ampelanlagen.

Führungszeugnisse

Nachdem die Verwaltung darüber informiert hatte, dass es die Möglichkeit, für ehrenamtlich Tätige Führungszeugnisse kostenfrei auszustellen, bereits gibt, erklärte die Linksfraktion ihren entsprechenden Antrag für erledigt, bat jedoch darum, die freien Träger offiziell darüber in Kenntnis zu setzen.



Was – wann – wo

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
17. und 24. September; 8. und 22. Oktober 2007

40. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal, 10.10.2007, Beginn 13 Uhr, Frühschoppen „Rathausreport live“
Café und Bar Sun Force, Ketziner Str. 46 im OT Fahrland
14. Oktober 2007, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 7/2007

Stadthaus, Raum 3.107, 19. bis 24. Oktober 2007 (außer Sa. und So.)

Info-Stände der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen

19. Oktober 2007	14.00 Uhr	REWE-Markt, Zentrum Ost
	14.30 Uhr	Keplerplatz, Am Stern
	15.00 Uhr	Waldstadt-Center, Waldstadt II
	16.00 Uhr	Havel-Nuthe-Center Drewitz
20. Oktober 2007	09.00 Uhr	Weberplatz, Babelsberg
	10.00 Uhr	Marktplatz, Kirchsteigfeld
	10.00 Uhr	Stadtplatz, Am Schlaatz
	10.00 Uhr	Markthalle, Breite Straße

Bürgersprechstunde von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL

am 25. September 2007 von 18-20 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Vorannmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wbkscharfenberg@aol.com



Abgelehnt

Parkverbot zur Straßenreinigung

Wegen rechtlicher Bedenken, die die Verwaltung anführte, wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt, geeignete Maßnahmen einzuleiten, dass die Potsdamer Straßen zum Termin ihrer Reinigung auch gereinigt werden können und nicht durch parkende Autos blockiert werden. Dies ist unverständlich, da entsprechende Kurzzeitverbote ja auch für Umzüge, Baumfällungen etc. ausgesprochen werden.

Mitgeteilt

Der alte Postenweg wird wohl nicht beleuchtet werden. Im Ergebnis des von der Linksfraktion gestellten Antrags, eine passantenfreundliche Beleuchtung des früheren Postenweges zwischen dem Wohngebiet An der Parforceheide und der Stahnsdorfer Straße zu errichten, teilte die Stadtverwaltung mit, dass Berlin keinen Bedarf für mehr Licht an dieser Stelle sieht und Potsdam nicht „ermächtigt“ ist, den „Beleuchtungsaufwand auf fremdem Hoheitsgebiet“ zu tragen. Dennoch soll sich auf Antrag der LINKEN der zuständige Ausschuss noch einmal damit befassen.

Da der

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per eMail an uns: Fraktion DIE LINKE, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam
eMail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331-2893051, Fax 0331-2893119